



DL21

#leftlessons

#leftlessons Staffel 2, Nr.2 – Vorbereitung

Was macht der Westen falsch im Nahen Osten? – mit Hans-Joachim Gießmann

Hajo Gießmann ist Friedensforscher und jüngst emeritierter Direktor der Berghof Foundation in Potsdam und war vorher lange stellvertretender Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Die Berghof Foundation ist eine NGO, die Konfliktparteien in Friedensbemühungen, Friedenserziehung und Konflikttransformation unterstützt und somit zur zivilen Lösung von Gewaltkonflikten beiträgt. Aktuell sind Hajo Gießmann und die Foundation im intra-afghanischen Dialog und zur Unterstützung der Bundesregierung engagiert.

Gießmann studierte und promovierte (in Politikwissenschaft und Philosophie) an der Humboldtuniversität Berlin in den 1970er und 1980er Jahren. Er hatte zahlreiche Gastprofessuren inne, ist Mitglied des Willy-Brandt-Kreises und Mitherausgeber der Fachzeitschrift Sicherheit + Frieden (S+F) des NOMOS-Verlags sowie der Zeitschrift „Connections“ der Verteidigungsakademien der Mitgliedsländer der NATO Partnerschaft für den Frieden.

Fragen

- Welche zeitgeschichtlichen Fehler des Westens müssen wir als Sozialdemokratie auch als „eigene“ Fehler reflektieren, um daraus lernen zu können?
- Welche Rolle spielt die deutsche Waffenexportpolitik bei der Eskalation von Konflikten im Nahen Osten?
- Wie kommen wir zu einer souveräneren deutschen Diplomatie und Außenwirtschaftspolitik im Verhältnis zu den USA und anderen Mächten?
- Ist der Terror hier und in den Ländern des Nahen Ostens – zum Beispiel des IS – anders als militärisch zu beenden? Worauf kommt es an? Welche zivilen Alternativen müssten und können gestärkt werden?

DL21

#leftlessons

- Was können wir dafür tun, dass zivilgesellschaftliche Aufbrüche („Arabischer Frühling“) nicht in Blut ersticken?
- Welche gesellschaftlichen Strömungen und welche Akteure gibt es in der Region für zivile Konfliktlösung und Entwicklung? Wie können wir sie besser wahrnehmen und unterstützen?

Einleitung

„Jenseits von Richtig und Falsch gibt es einen Ort. Dort treffen wir uns.“
(Dschalal ad-Din Mohammad Rumi, 12. Jht.)

Als „Nahen Osten“ bezeichnen wir die Länder der arabischen Halbinsel, der Levante (Israel, alle palästinensischen Gebiete, Syrien, Libanon, Jordanien), Ägypten. Häufig wird diese Bezeichnung zudem auf Irak, den Iran und selbst Afghanistan bezogen.

Als „Westen“ bezeichnen wir die hochindustrialisierte kapitalistische Welt, wie sie sich am Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildet und nach dem Zweiten Weltkrieg – insbesondere durch das Militärbündnis der NATO repräsentiert – konsolidiert hat.

Es kann ganz einfach sein, die Frage dieser Veranstaltung zu beantworten mit: Alles!

Das würde allerdings darüber hinwegtäuschen, dass das Verhalten des „Westens“ nicht nur aus der herrschenden Politik, Ökonomie, den Kriegen und der Kultur der gemeinten Staaten besteht, sondern es dazu immer auch eine auf internationale Solidarität, Menschenrechte und friedliche gemeinsame Entwicklung gerichtete Gegenbewegung gegeben hat. Gleichfalls sind in den Ländern des Nahen Ostens nicht nur „Heilige“ oder „Opfer“ westlicher Politik unterwegs, sondern sowohl mutige Kräfte humanistischer gesellschaftlicher Entwicklung als auch enorm destruktive, machtpolitische Akteure.

Also: Oben und Unten, Klassen, rechts und links, humanistisch oder zynisch gibt es überall. Das sollten wir für unser Thema berücksichtigen.

Das Interesse des Westens am Nahen Osten

Mit der Aufklärung, der französischen Revolution und Napoleons Feldzug nach Nordafrika erhöhte sich das Interesse des Westens an der Region sprunghaft. Gleichzeitig wurden von den Eliten der Länder des Nahen Ostens die Ideen von Menschenrechten und systematischer ökonomischer, staatlicher und militärischer Modernisierung aufgenommenⁱⁱ.



DL21

#leftlessons

Aber mit der raschen Industrialisierung im 19. Jahrhundert stieg der Bedarf besonders der britischen und US-amerikanischen Industrie an fossilen Energieträgern enorm. Erdölfunde Ende des 19. Jahrhunderts bei Baku, 1908 in Persien, in den 1920er Jahren im Irak (bzw. den kurdischen Gebieten) und in den 1930er Jahren auf der arabischen Halbinsel zeichneten den Weg zur imperialistischen Machtpolitik der heutigen Zeit vor.

Auch wenn andere hegemoniepolitische und ökonomische Interessen (z.B. die Kontrolle des Suezkanals oder die Nähe zu Russland/Sowjetunion, Baumwolle, Tabak und andere Ressourcen) eine Rolle spielen, ist bis heute die Auseinandersetzung um diese zentrale Ressource prägend für die Beziehungen zwischen West und „Nahost“.

Allein die USA haben einen Erdölverbrauch von rund 20 Millionen Barrel pro Tag (2019). Dieser Wert ist seit Jahren ungefähr konstant. 2010 mussten die USA noch 61% ihres Erdölbedarfs durch Importe befriedigen. Seit kurzem sind sie selbst zum größten Erdölexporteur aufgestiegen – allerdings nur aufgrund des ökologisch katastrophalen Frackings, das auch durch die Kostspieligkeit des Abbaus und Unsicherheit der Vorkommen keine langfristige Lösung des Versorgungsproblems bietet. Die Abhängigkeit von Erdöl exportierenden Ländern bleibt also – insbesondere solange ein Leugner des Klimawandels dort regiert – bestehenⁱⁱⁱ.

Die Menschenrechte

Als 2008 ein Afroamerikaner Präsident der USA wurde, hat die Welt mit Hoffnung nach Washington geschaut. Dies wurde auch durch Barack Obamas „Rede an die islamische Welt“ im Juni 2009 bestärkt, in der er ankündigte, die Beziehungen mit den betreffenden Ländern enorm verbessern zu wollen, die Frauenrechtsfrage als gemeinsames Problem und nicht allein als Defizit des Nahen und Mittleren Ostens kennzeichnete, bei voller Loyalität zur Staatlichkeit Israels für einen Palästinenserstaat eintrat und einen Weg zur Verständigung mit dem Iran – insbesondere in der Frage der Nuklearkontrolle – eröffnete.

In der folgenden Zeit haben die USA aber ihre Nuklearen Arsenale modernisiert, die Kriegführung und Besatzung höchstens modifiziert, tödliche Einsätze von Kampfdrohnen verfolgt und das Guantanamo-Gefängnis aufrechterhalten. Bereits damit waren gemeinsame Bemühungen um eine Entspannung des Verhältnisses zwischen Nahem Osten und der westlichen Welt erneut schwer belastet.



DL21

#leftlessons

Die unberechenbare Politik des folgenden US-Präsidenten und die Unfähigkeit der EU-Staaten – zum Beispiel im Iran-Konflikt – eine eigenständige Linie für (nukleare) Abrüstung und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu bestimmen, die fortgesetzten Rüstungsexporte der westlichen Welt an verschiedene Aggressoren, der gemeinsame „War on Terror“, den die westliche Welt angesichts der Herausforderung durch ISIS spätestens seit den Pariser Anschlägen von 2014 verfolgt, haben die 2008 eröffnete Möglichkeit einer Verbesserung der Beziehungen nachhaltig beschädigt.

„War on Terror“ und Regimechange

Infolge von 9/11 haben die USA den „War on Terror“ ausgerufen. Dazu gehörte unter anderem die Intervention in Afghanistan, an der auch Deutschland beteiligt war. Der Einsatz war aber so erfolglos, dass nunmehr Truppen abgezogen werden und ein intra-afghanischer Friedensprozess zwischen Taliban und Regierung unter Vermittlung der Bundesregierung und Katars begonnen werden musste und konnte. Andere Konflikte, besonders der – mit Beteiligung zahlreicher äußerer Akteure geführte Bürgerkrieg in Syrien – haben bisher keine erkennbare Perspektive der Transformation zum Frieden eröffnet. Dafür sind auch die völkerrechtlich umstrittenen Interventionen im Irak und in Libyen mitursächlich. Dies führt dazu, dass die Möglichkeiten für eine Einigung auf friedenserhaltende und friedensbildende Missionen diplomatischer oder auch militärischer Art im UN-Sicherheitsrat gegen Null geht. Die Bundesregierung hat sich ihrerseits besonders durch die Waffenexporte an Saudi-Arabien im Jemenkonflikt sowie durch die unterstützende und tolerierende Haltung gegenüber der im eigenen Land, in Syrien und dem Irak immer expansiver und aggressiver agierenden Türkei stark diskreditiert.

Eines der Hauptprobleme ist, dass der öffentliche politische Diskurs sich der Menschenrechtslage in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich widmet. Während die einen moralisch verurteilt und mit Sanktionen überzogen werden (z.B. Iran), werden die anderen als würdige Bündnispartner behandelt und sogar aufgerüstet (z.B. Saudi-Arabien und die Türkei).

Ein weiteres, nicht minder relevantes Problem ist, dass die Konfliktlösungs- und Friedensfähigkeit der betreffenden Gesellschaften enorm unterschätzt wird. Weder wird sich den Motiven und Interessen, die zu innerstaatlichen Konflikten führen, in der vorherrschenden Politik des Westens differenziert gestellt noch werden die strukturellen Konfliktursachen – von den eigenen Waffenlieferungen bis hin zu örtlichen, historisch gewordenen Ungleichheiten, Folgen des Klimawandels etc. – ernstgenommen und



DL21

#leftlessons

bearbeitet, noch werden lokale Akteure, die für Verständigung, Versöhnung, gemeinsame Problemlösung und zivile Konfliktlösung stehen hinreichend ernstgenommen und unterstützt. Es gibt Ausnahmen davon: dafür steht das Engagement unseres Referenten und der Berghof Foundation in Bezug auf Afghanistan, aber aus solchen Ansätzen zu lernen und sie zu verallgemeinern könnte eine der großen Aufgaben für eine neue, wahrhaftige sozialdemokratische Friedenspolitik sein.

ⁱ Hans Joachim Gießmann: Der Deal von Doha – Ein Friedensabkommen? In: WeltTrends. Das außenpolitische Journal, 164, Juni 2020, S. 59–63.

ⁱⁱ Christopher de Bellaigue: Die islamische Aufklärung. Der Konflikt zwischen Glaube und Vernunft von 1798 bis heute, F.a.M.: 2018.

ⁱⁱⁱ <https://www.nzz.ch/finanzen/fonds/warum-der-oel-boom-in-den-usa-bald-wieder-vorbei-sein-koennte-ld.1463498>